

Liberal-demokratische Partei Basel-Stadt • Vereinigung der Liberalen und des Gewerbes •

Liberal-demokratische Partei Riehen/Bettingen • Jungliberale Basel

## Die Festtagsgrüsse des Präsidenten Wichtige Weichenstellungen (fast) ohne Wahlen

**2010 war ein Jahr mit wichtigen Weichenstellungen, auch wenn - mit Ausnahme von Riehen - keine Wahlen anstanden. Gerade im Finanz- und Steuerbereich tat sich einiges, was nun - kurz vor Jahresende - auf gutem Weg scheint. Exponenten der Liberal-Demokraten waren massgeblich daran beteiligt. Hoch und Tiefs gab es im Verkehrsbereich. Auch hier war die LDP sehr aktiv. Und, sehr erfreulich: Wie stark der Zusammenhalt in unserer Partei ist, wurde an diversen Anlässen deutlich.**

Mit Ausnahme von Riehen standen im 2010 keine Wahlen an. Das heisst aber keineswegs, dass es ein ruhiges Jahr war oder unsere Partei gar untätig gewesen wäre. So engagierten sich Liberale an vorderster «Front» bei Volksabstimmungen. Manchmal war dies vom Erfolg gekrönt, etwa bei der Parkraumbewirtschaftung. Manchmal konnte ein Teilerfolg erzielt oder mindestens Schlimmeres verhindert werden, wie bei der sogenannten «Städte-Initiative», wo der etwas weniger extreme Gegenvorschlag den Vorzug gegenüber dem extremistischen Initiativbegehren erhielt. Einige Male mussten

wir uns geschlagen geben, wie etwa bei der Abstimmung um das Verkehrsregime am Wasgen- und Luzernerring. Politik ist eben die Kunst des Machbaren – alles kann nicht im Sinne einer Partei machbar sein. Ich darf aber mit Stolz feststellen, dass unsere Liberal-demokratische Partei stets präsent, engagiert und im richtigen Moment kämpferisch war. Dies gilt besonders für unsere Vertreterinnen und Vertreter im Grossen Rat (ein grosses Merci hier an die Fraktionschefin Christine Wirz-von Planta), die es angesichts der bestehenden Mehrheitsverhältnisse oft nicht leicht hatten, sich aber nie

entmutigen liessen. So gelang es im Verbund mit den anderen bürgerlichen Parteien, in der Finanz- und Steuerpolitik einige «Pflöcke» einzuschlagen, die unseren Kanton weiterbringen werden. Hier wird aber noch viel Anstrengung nötig sein, um Basel-Stadt zu einem attraktiven Standort für das Gewerbe und gute Steuerzahler zu machen. Engagiert und äusserst fleissig zeigten sich diverse LDP-Exponenten und vor allem auch die Jungliberalen beim Sammeln der Unterschriften für die Initiative zu Gunsten eines Nichtraucherschutzes mit Augenmass. So gelang es, das nötige Quorum in absoluter Rekordzeit mehr als deutlich zu übertreffen. Alles in allem war es ein bewegtes Jahr mit einigen schönen Erfolgen. Allen, die dazu beigetragen haben und Ihnen allen, die Sie uns als Mitglieder

### Merci Steffi, Philip und Michael!

*Bei einer Partei sind natürlich vor allem die Themen der politischen Agenda wichtig. Hier gilt es, die Kräfte einzusetzen und unsere Anliegen zum Erfolg zu führen. Nicht minder wichtig ist aber auch das Menschliche, das Gesellige. Man kann nicht immer nur kämpfen - man muss auch mal entspannen. Dass dies gerade im letzten Jahr wieder vorzüglich gelungen ist, beweist den schönen Zusammenhalt in unserer Partei. Die Anlässe und Besichtigungen waren mehr als nur gut besucht, manchmal mussten fast schon notfallmässig Zusatzvorkehrungen getroffen werden, um alle Anmeldungen berücksichtigen zu können. Ein grosser Dank geht hier an Steffi Thomann und Philip Karger, welche die Anlässe bis ins Detail perfekt planten und zur Durchführung brachten. Zuspruch und Stimmung bewiesen, dass es solche Anlässe braucht. Ein ebenso grosses Dankeschön geht an unseren unermüdeten Leiter des Parteisekretariats, Michael Michaelis, der im wahrsten Sinn des Wortes den Laden zusammenhält!*

*Christoph Bürgenmeier*

und Sympathisanten unterstützen, möchte ich an dieser Stelle herzlich danken und Ihnen schöne Festtage sowie ein 2011 wünschen, dass Ihnen viel Freude, Gesundheit und Zufriedenheit bringt.



Parteipräsident Christoph Bürgenmeier an der Parteiversammlung vom 18. Oktober dieses Jahres. Fotos: Philip Karger

## Inhalt

Die Festtagsgrüsse des Präsidenten	1
LDP bei der Feuerwehr	2
Finanzpolitik: Die Bürgerlichen haben die besseren Lösungen	3
Verkehrspolitik: Wohin fährt Basel?	4
Besuch beim UKBB: Ein einmaliges Erlebnis	5
Mitgliederanlässe und Aktionen: Me hett sich droffe	6
Jungliberale Basel: Gedanken zum Resultat der Ausschaffungs-Initiative	7
Ein grosser Verlust: ABu geht	7
Mit Schoggi-Kläusen, aber ohne Rute	7
Dr Schaggi Bartes Schlag maint	8

## Besuch bei der Feuerwehr: Heiss ging es zu!

In vielerlei Hinsicht ging es bei der Parteiversammlung im August heiss zu und her. Zum einen war die Temperatur hoch, dann wurde über diverse Themen auf der politischen Agenda heiss diskutiert. Und weiter stellte sich mit der Basler Berufsfeuerwehr eine Institution vor, die manch heisse Sache zu bewältigen hat. Ein kühler Apéro auf dem Dach des Feuerwehrgebäudes rundete den Anlass ab und ermöglichte die perfekte Verbindung des Angenehmen mit dem Nützlichen. Hier einige Impressionen:



### Einladung zu einer öffentlichen Veranstaltung der LDP Basel-Stadt Kulturstadt Basel - wie weiter?

Moderation: Christoph Heim, Ressortleiter Kultur  
Basler Zeitung  
Teilnehmer: Phillip Bischof, Leiter Ressort Kultur  
Basel-Stadt  
Prof. Dr. Christian Meyer, Direktor  
Natuhistorisches Museum  
Carena Schlewitt, Leiterin Kaserne  
Beat von Wartburg, Leiter Ressort  
Kultur CMS

Donnerstag, 24. Februar 2011, 19 Uhr  
Unternehmen Mitte, Gerbergasse 30, Basel

Finanzen und Steuern

# Die Bürgerlichen haben die besseren Lösungen!

**Die SP-Steuer-Initiative hat Schiffbruch erlitten. Auch der Griff ins Klassenkampf-Vokabular mit „Abzocker“ hat nicht gewirkt. Das Schweizer Volk und die Stände wollen weiterhin keine Eingriffe in die Kantons- und Gemeinde-Steuer-Autonomie. Auch im Kanton Basel-Stadt haben die Bürgerlichen die Richtung und das Tempo angegeben für weitere gezielte Senkungen der Steuern. Es gilt aber weiterhin, am Ball zu bleiben.**



von  
Grossrätin  
Patricia von  
Falkenstein

Volk und Stände haben der Einschränkung des Föderalismus bei der Festlegung der Steuern eine Absage erteilt. Die SP hat eine Niederlage einstecken müssen. Ihre Initiative hatte zu viele Nebenwirkungen. Der finanzpolitische Weitblick fehlt der SP offenbar zurzeit völlig. Kaum hat das Volk entschieden, wird eine weitere Initiative angekündigt; eine Erbschaftssteuer soll auf Bundesebene eingeführt werden. Eine solche Steuer diskutieren zusätzlich zur Bundessteuer darf nicht eingeführt werden. Die Bundessteuer müsste dann abgeschafft werden. Auch müssten alle Bedingungen erfüllt sein, damit Unternehmen auch nach einem Erbfall weiter existieren können. Offenbar machen die SP-Verantwortlichen ernst mit dem unlängst an ihrem Parteitag bekräftigten Vorhaben aus dem letzten Jahrhundert, den

„Kapitalismus zu überwinden“. Ihre Jungpartei hat ein Volksbegehren lanciert, welches die Höhe der Löhne in der Privatwirtschaft plafonieren will. Auch dieses SP-Begehren zeigt, dass die Folgen nicht beachtet werden. Von Ausgliederungen gewisser Teile solcher Unternehmen bis zur Verlegung des Sitzes in ein Land mit weniger wirtschaftsfeindlichen Bedingungen kann man sich manche für die Schweiz schädliche Folge ausdenken.

### Bürgerliche Agenda

Die Linke hat sich auch in Basel-Stadt mit der Federführung der Bürgerlichen in der Steuerpolitik abfinden müssen. Die jüngst von der Kommission des Grossen Rates unter bürgerlichem Präsidium ausgearbeiteten Vorschläge zur Senkung der Unternehmenssteuer und zu Reduktionen für Natürliche Personen, haben im Grossen Rat Zustimmung erfahren. Das Terrain wurde mit Volksinitiativen bürgerlicher Parteien vorbereitet, denen so gewissermassen Gegenvorschläge entgegen gestellt wurden.

Die Liberal-Demokratische Partei Basel-Stadt hat sich zum Ziel gesetzt, jene Einwohnerinnen und Einwohner künftig steuerlich zu entlasten, die alles selbst bezahlen müssen, d.h. keine Verbilligungen der Krankenkassen-Prämien erhalten, keine Ausbildungsbeiträge für die Kinder und die auch nicht von den Steuer-senkungen der letzten Zeit profitiert haben. Diese Steuerzahlerinnen und Steuerzahler leisten überdurchschnittliche Beiträge an den Staat, wie jüngste Erhebungen bestätigt haben. Hier besteht ebenso dringender Handlungsbedarf wie bei den Unternehmen, deren Besteuerung – mit Blick auf die Situation in umliegenden Kantonen - weiter gesenkt werden muss. Es ist verfehlt, in diesem Zusammenhang von Steuer-geschenken zu sprechen. Die so nicht dem Staat zuzuführenden Gelder werden in den Unternehmen investiert. Die Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen Playern wird erhöht. Arbeitsplätze können erhalten bleiben oder werden sogar zusätzlich geschaffen.

### Keine unnötigen Ausgaben

Steuern konkurrenzfähig zu gestalten ist nur möglich, wenn die Ausgaben nicht anwachsen. Wer aber – wie die SP und die übrigen Linken – unnötige Ausgaben fordert, wie zum Beispiel die gratis Entsorgung von Windeln von Kleinkindern, die Subventionierung privater Spielgruppen, zusätzliche Sozialleistungen und Mietzinsbeiträge, staatliche Räume für Gastrokultur, Senkung der Elternbeiträge an Tagesschulen, und viele andere Ideen mehr, welche den Staat Geld kosten, kann für sich nicht in Anspruch nehmen,

sorgfältig mit den Finanzen umzugehen. Ins gleiche Kapitel gehören Vorstösse, die verhindern, dass der Kanton Einnahmen generieren kann wie z.B. die Forderung auf dem Areal des alten Kinderspitals an bester Lage in Basel genossenschaftlichen Wohnungsbau zu fördern. In fast jeder Traktandenliste des Grossen Rats finden sich Vorstösse – hauptsächlich aus dem linken Lager, welche zusätzlich Geld kosten. Der Regierungsrat verhält sich sehr grosszügig hinsichtlich der Bereitschaft, solche Anliegen zu prüfen. Dazu leisten Kreise, die bisher in der Politik nicht in Erscheinung getreten sind, dem Land mit der „Abzocker-initiative“ einen schlechten Dienst. Es greift zu kurz, wenn ein Volksbegehren an den Neid appelliert. Wir haben in unserem Land grössere und wichtigere Probleme als die Löhne der Spitzenkräfte der Privatwirtschaft. Es geht keinem einzigen Bewohner dieses Landes besser, wenn die Kaderlöhne gesetzlich gesenkt werden. Hingegen ginge es dann vielen schlechter, wenn die ungastliche Umgebung verlassen wird, weil die Bedingungen sich verschlechtert haben..

### Die LDP engagiert sich

Die Liberal-demokratische Partei setzt sich auch in Zukunft für gute Standort-Bedingungen – nicht nur im Finanz- und Steuer-Bereich – ein. Wir möchten in Basel, Riehen und Bettingen Wohn-, Lebens-, Bildungs- und Arbeitsbedingungen, die einladen, hier zu bleiben oder auch hierher zu kommen. Die Fraktion der Liberaldemokraten im Grossen Rat und unser Regierungsrat setzen sich für diese Ziele ein. Es ist erfreulich, dass in letzter Zeit das eine oder andere Erfolgserlebnis zu verzeichnen war. Die Zusammenarbeit zwischen den bürgerlichen Kräften ist besser und enger geworden. Dies zeigt, dass auch in Zukunft Allianzen gebildet werden müssen, um seitens der Bürgerlichen wichtige Entwicklungsschritte in der Finanz- und Steuerpolitik zu planen und umzusetzen.



Es ist noch viel zu tun, um in Basel-Stadt und beim Bund Steuern und Finanzen in Ordnung zu bekommen, verdeutlicht die Autorin.

## Verkehrspolitik

# Wohin fährt Basel?

**Nach der erfolgreich verlaufenen Abstimmung über die Parkraumbewirtschaftung war der Urnengang im November zumindest eine halbe Enttäuschung. Zwar wurde die sehr fundamentalistische „Städteinitiative“ abgelehnt, der nur minim weniger extreme Gegenvorschlag fand aber Zustimmung. Da stellt sich die berechtigte Frage, wo Basel in der Verkehrspolitik hin will.**



von Grossrat  
Heiner Vischer

Die verkehrspolitische Diskussion in unserem Kanton wird in der letzten Zeit zunehmend schärfer und emotionaler geführt, was sehr zu bedauern ist. Ich bin nun seit fast zwei Jahren Mitglied der UVEK (Umwelt- Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates), und erlebe dies „hautnah“. Die UVEK ist wahrscheinlich derzeit die politischste Kommission, die parlamentarische Geschäfte vorbereitet, um dem Grossen Rat eine Empfehlung abzugeben.

### Wichtige Funktion der Kommissionen

Die Arbeit in den parlamentarischen Kommissionen ist insofern sehr wichtig, da hier die Geschäfte am eingehendsten besprochen werden. Es werden hier auch die wichtigsten Entscheidungsträger der verschiedenen Institutionen (z. B. IWB, BVB, Verkehrsverbände),

aber auch die Regierungsräte und ihre Ressortleiter eingeladen, um die Kommission umfassend zu informieren und alle dabei entstehenden Fragen zu beantworten. Ein Geschäft kann sich so bis zu fünf Sitzungen hinziehen, bis in der Kommission abgestimmt wird.

### Mühsamer, aber auch bereichernder Prozess

Ein solcher Prozess ist natürlich sehr mühsam kann aber auch sehr bereichernd für die Mitwirkenden sein. Ich kann zum Beispiel feststellen, dass ich mittlerweile eine ziemlich gute Gesamtsicht über die Verkehrs- und Energiepolitik in Basel habe – und auch unsere Stadt mit anderen Augen sehe, als ich dies vorher tat. Und das ist auch gut so, denn wenn man bewusst lebt und seine Umwelt einigermaßen versteht, kann man auch in einer engagierten Diskussion seine Meinung besser einbringen. Natürlich ist letzten Endes auch das „Bauchgefühl“ mitentscheidend. Und hier beginnt dann definitiv die Politik eine Rolle zu spielen. Ich sehe es als meine Pflicht an, als Vertreter der Liberaldemokratischen Partei in der

UVEK klar liberale Positionen zu vertreten. Aber was heisst das? Es heisst, dass in Basel eine Verkehrs- und Energiepolitik mit Vernunft betrieben werden muss.

Nun, das sagen natürlich alle – doch meinen alle etwas anderes. Während bei den Linksparteien (SP, Grüne und meist auch EVP und Grünliberale) grosse und visionäre Ziele (die meist auch utopischen Charakter tragen), im Vordergrund stehen, stellen sich die bürgerlichen Parteien immer auch die Frage der Machbarkeit der geforderten Massnahmen.

### Unterschiedliche Interessen in Einklang bringen

Natürlich gibt es Rahmenbedingungen, denen wir uns alle unterwerfen müssen: So muss einerseits der Verkehr zwar einer gewissen Kontrolle unterliegen und auch die Umwelt kann und darf nicht übermässig belastet werden, und wir müssen Sorge zu unseren Ressourcen tragen. Auf der anderen Seite steht aber auch eine Gesellschaft, die immer mehr Konsum und Freiheit verlangt – und dies bei gleichen oder niedrigeren Kosten und steigendem Lebensstandard. Eine liberale Lösung muss diese Bedürfnisse der Gesellschaft in Einklang mit den zu treffenden Massnahmen für eine sinnvolle Verkehrsplanung und den Umweltschutz bringen.

### Musterbeispiel Mobilfunk

Ich möchte dies an drei Beispielen verdeutlichen: Letzten Sommer stimmten wir über die Zukunft des Mobilfunkes in Basel-Stadt ab. Gefordert wurde – von den oben erwähnten Parteien mit Ausnahme der Grünliberalen – eine für die Schweiz und Europa

einmalig restriktive Lösung, um die Mobilfunkstrahlung auf einen Zehntel der heutigen Intensität zu reduzieren. Und dies bei einem rasant steigenden Bedürfnis in der Mobilfunktelefonie, das sich jedes halbe Jahr verdoppelt! Natürlich muss bei einer solch steigenden Nachfrage und entsprechender Angebotssteigerung auch immer nach der Sicherheit der Bevölkerung vor solchen nichtionisierenden Strahlen gefragt werden. Wir haben aber in der Schweiz bereits europaweit eine der strengsten Verordnungen zum Schutz der Bevölkerung vor nichtionisierender Strahlenbelastung (NISV). Diese Verordnung wird vom Bund regelmässig überprüft und bei Bedarf angepasst.

### Win-Win-Situation genutzt

Zudem schlug der Regierungsrat ein Konzept vor, in dem schwächere Mobilfunkantennen verteilt auf mehr Standorte gegenüber stärkeren Anlagen begünstigt werden. Damit wird einerseits die Strahlenbelastung an den einzelnen Standorten verringert und andererseits eine bessere Versorgung der Mobilfunktelefonie auf dem Stadtgebiet ermöglicht. Eine klare „win-win“ Situation also, die von der LDP entschieden unterstützt und in der Volksabstimmung auch mit über 65% der Stimmenden angenommen wurde.

### Konfliktherd Elisabethenstrasse

Ein anderes Beispiel ist die „Neugestaltung der Elisabethenstrasse“. Hier stehen dringende Gleissanierungen durch die BVB an. Der Regierungsrat möchte diesen Anlass aber auch dafür benützen, die Elisabethenstrasse „aufzuwerten“ und zwar im Bereich des oberen Klosterbergs und um die Elisabethenkirche herum. Soweit so gut – aber er möchte auch eine Veränderung der Verkehrsführung: Die Elisabethenstrasse soll von der Markthallenbrücke her bis zum Bankverein für den mobilen Individualverkehr



Das Wünschbare mit dem Machbaren in Einklang bringen, fordert Heiner Vischer in der Verkehrspolitik.

gesperrt werden und nur noch Richtung Bahnhof befahrbar sein. Der Verkehr Richtung Wettsteinbrücke müsste dann auf die Achse Aeschenplatz – Dufourstrasse ausweichen, was eine Mehrbelastung von rund 4000 Fahrzeugen pro Tag zur Folge hätte.

## Vernunft der Bürgerlichen

Während die Regierung sagt, dass dies möglich sei, sind die Bürgerlichen sehr skeptisch und befürchten zu den Hauptverkehrszeiten einen Verkehrskollaps am Knoten Aeschenplatz, der auch Auswirkungen auf den gesamten Verkehrsfluss beim Bahnhof haben könnte. Wir werden uns dafür einsetzen, dass zuerst eine seriöse Abklärung getroffen und erhärtete Daten verfügbar ge-

macht werden, bevor ein solcher einschneidender Eingriff in das Verkehrsregime von Basel-Stadt getroffen wird. Auch der mobile Individualverkehr muss in unserer Stadt ein Recht auf einen zumutbaren Verkehrsfluss haben. Das dritte Beispiel ist die sogenannte „Städteinitiative“, über die wir am 28. November abgestimmt haben. Sie verlangte die Reduktion von 25% des mobilen Individualverkehrs zu Gunsten des Öffentlichen und Langsamverkehrs (Velo und Fussgänger) innerhalb von zehn Jahren.

## Links-grüne Utopien

Ihr gegenüber gestellt wurde ein Gegenvorschlag des Parlamentes, der von der links-grünen Mehrheit im Grossen Rat nach einer beinahe tumultar-

tigen Debatte durchgeboxt wurde und eine Reduktion von „nur“ 10% verlangt. Der Regierungsrat schliesslich legte dem Parlament einen eigenen Gegenvorschlag vor, der ein „Einfrieren“ des Verkehrs in Basel-Stadt vorsah – aber weder in der UVEK noch im Parlament eine Chance hatte. Die LDP und die bürgerlichen Parteien standen diesem regierungsrätlichen Vorschlag positiv gegenüber, denn erschien uns die einzig vernünftige und realisierbare Alternative zur Städteinitiative zu sein, die sogar vom Regierungsrat als „utopisch“ und „nicht realisierbar“ bezeichnet wurde. Dass nun am 28. November der grossräthliche Gegenvorschlag angenommen wurde, ist bedauerlich, denn auch eine 10%ige Verringerung des privaten Individualverkehrs

innerhalb von zehn Jahren ist eine fast unerfüllbare Aufgabe, die mit einschneidenden Auflagen für die Automobilisten verbunden sein wird. Aber sie ist eben halt auch, wie eingangs erwähnt, eine politische Vision, die in Köpfen entstanden ist, in denen die Umsetzbarkeit nicht an erster Stelle steht.

## Mach- statt Wünschbares

Und hier liegt auch die Chance der bürgerlichen Umwelt- und Verkehrs-Politik: Das Wünschbare muss mit dem Machbaren in Einklang gebracht werden, wobei die Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung genauso wie auch der Öffentliche Verkehr zu berücksichtigen sind. Dies muss immer wieder thematisiert und durchgesetzt werden – sonst fährt Basel in die falsche Richtung.

## Besuch im neuen UKBB

# Ein einmaliges Erlebnis

**Fast schon überrollt von der Nachfrage wurde das organisierende Team der LDP vom Strom der Anmeldungen für die Besichtigung des UKBB. Der Anlass entwickelte sich den auch zu einem einmaligen Erlebnis.**



von Philip Karger

Ausser man ist vielleicht Architekt, kann man nicht täglich ein neu gebautes Gebäude besichtigen. Bei einem neu gebauten Spital wird das noch seltener der Fall sein und ein neu gebautes Kinderspital erlebt nicht einmal jede Generation. Das haben sich die über 80 Menschen gesagt als sie sich für eine, von der LDP organisierte Führung durch das neue und noch nicht bezogene UKBB (Universitäts-Kinderspital Beider Basel), anmeldeten. Pünktlich um 18 Uhr holten Raoul Furlano, Prof. Franz Joseph Frei und Philipp Stoll die Gruppe am neuen Eingang an der Spitalstrasse 33 ab. In

einem Vortrag wurde erklärt, was das neue UKBB ist und wie es funktioniert.

## Problem Pommes Frites

Da hat zum Beispiel der Koch, der sein Essen per unterirdischen Gang an das UKBB schickt, die nahezu unlösbare Aufgabe, Pommes Frites zu liefern, die auf dem langen Weg nicht latschig werden. Die Lösung; in der Cafeteria des UKBBs hat es einen Raum mit starker Entlüftung und einer Friteuse.

Man erfuhr wie das Spital geplant wurde und wie es genau an die Bedürfnisse, der Pflegerinnen, Ärzte und vor allem der kleinen Patienten und ihren Eltern angepasst wurde. Neben der inneren Aufteilung fallen vor allem die Fassade auf, welche die Farbe ändert, und die unterschiedlich farbig beleuchteten Balkone. Dazu gibt es unzäh-

lige kindergerechte Anpassungen im Inneren des Spitals, ohne das die notwendigen medizinischen Vorrichtungen vernachlässigt würden. In den Zweier-Zimmern hat es auch immer die Möglichkeit, aus einer Bank Schlafplätze für zwei Erwachsene zu machen. In den Lifts hat es Gucklöcher und die Liftschächte sind beleuchtet. Ab dem 29. Januar 2011 wird das Spital in Betrieb gehen, ab dann gibt es nur noch ein Kinderspital in Basel und die Verwirrung, ob ein Not-

fall ins Bruderholz oder an die Römeggasse eingeliefert werden muss und in welchem Spital man den die kleinen Patienten besuchen kann, hat dann ein Ende. Das ist auch eine enorme Erleichterung für das Personal des UKBBs und man freut sich allgemein auf die neue Zeit. Wie man unten sieht, waren noch nicht alle Schachteln ausgepackt. Das dürfte sich mittlerweile geändert haben.

Ein grosser Dank gilt Raoul Furlano, der es der LDP ermöglichte, das UKBB noch vor dem Tag der offenen Tür am 15./16. Januar zu besuchen.

**Weitere Foto-Impressionen auf der folgenden Seite...**



## Mitglieder-Anlässe und Aktionen

### Me hett sich droffe...

Man traf sich im neuen UKBB, noch vor der Eröffnung (s. vorherige Seite) oder zum Süßigkeiten-Verteilen in der Innerstadt (s. Seite gegenüber). Das „Miteinander“ kam im vergangenen Jahr nicht zu kurz. Zum Wiedererkennen, für alle, die dabei waren, und zum schauen, wer mitmachte, bei denen, die erst das nächste Mal dabei sein werden, ein paar Impressionen.



## Jungliberale Basel Gedanken zum Resultat der Ausschaffungsinitiative

**Nach dem Ausgang der eidgenössischen Abstimmungen vom 28. November machen sich die Jungliberalen Gedanken über die zukünftige Stossrichtung der bürgerlichen Politik. Kann man auch als Mittepartei anecken?**

von Daniel Knecht und Philip Schotland

Das Abstimmungsresultat von Ende November 2010 ergab Folgendes: Nur sechs Kantone lehnten die Ausschaffungsinitiative ab, darunter auch Basel-Stadt. Der Gegenentwurf hatte in allen Kantonen keine Chance.

Generell war zu beobachten, dass sich die Initiative der SVP in der Deutschschweiz durchsetzte, die Westschweiz und Basel hingegen sagten sowohl der Initiative wie auch dem Gegenvorschlag der eidgenössischen Räte: „Nein danke!“ Die politische Mitte – und mit ihr die Jungliberalen – konnte damit sowohl in Basel, wie auch in der restlichen Schweiz ihre Abstimmungsempfehlungen dem Volk nicht genügend verständlich machen.

Tickt Basel-Stadt wie die Romandie? Wer sich am Tage nach der Abstimmung die Einschätzung von Claude Longchamp (Geschäftsführer des GfS-Forschungsinstituts) anhört, merkt bald: Alle grösseren Städte haben die Ausschaffungsinitiative abgelehnt. Weil aber die meisten Städte von einem ländlichen Umland umgeben sind, vermag dieses Umland schliesslich die städtische Tendenz zu einem Ja zu kippen. Städte sind nun mal politisch gesehen links-dominant. Demnach stimmt Basel-Stadt „städtisch“ und nicht etwa „westschweizerisch“. Doch diese Dominanz scheint in Basel-Stadt nicht mehr ganz so absolut zu sein. Immerhin stimmten sowohl bei der Ausschaffungsinitiative, wie auch bei der Minarett-Initiative

gute 43% dafür – das ist ein beträchtlicher Teil. Man darf an dieser Stelle nicht voreilig zum Schluss kommen, dass die SVP-Stammwählerschaft praktisch über Nacht auf 43% angewachsen ist. Jedoch ist es klar, dass viele Bürgerliche die Initiative befürwortet haben und der Gegenvorschlag für viele offenbar keine annehmbare Alternative darstellte. Dies führt zu einer weiteren Frage: Kann es sein, dass die Bürgerlichen ihre Bürger nicht mehr hören? Kann es sein, dass die (Jung-) Liberalen an Ihrer Stammwählerschaft vorbei politisieren?

### Contre coeur Nein gesagt?

Peter Malama (BS, Nationalrat, FDP) beispielsweise sagte im Rahmen des BaZ-Hearings

zu seiner Bundesratskandidatur dieses Jahres noch, dass er die Ausschaffungsinitiative unterstütze. Einige Zeit später krebste er zurück und berichtete, dass er sich nun doch unentschieden habe und für den Gegenvorschlag sei. (BaZ vom 10.11.10) Wurde es ihm, gleich wie vielen anderen bürgerlichen Politikern zu heiss, sich für eine Initiative der SVP stark zu machen? Es scheint, als würden sich die Bürgerlichen lieber hinter ihrer „political correctness“ verstecken, als dass sie einmal irgendwo anecken würden.

Die Annahme der Ausschaffungsinitiative wirft grosse Wellen im In- sowie Ausland. Man vernimmt, die Initiative verstosse gegen Völkerrecht und gegen die bilateralen Verträge. Es werden damit mehrheitlich die Abstimmungsparolen der Initiativgegner wiedergegeben. Wäre dies nicht die Möglichkeit für die Bürgerlichen gewesen, um in der Diskussion zwischen Völkerrechtsverfechtern und Völkerrechtsignoranten als besonnene Drittgruppe auf sich aufmerksam zu machen?

## Niggi-Näggi-Aktion Mit Schoggi-Kläusen, aber ohne Rute



Ein Team des LDP-Vorstandes, bestehend aus Grossrätin Christine Wirz-von Planta, Grossrat André Audesret, Sekretär Michael Michaelis (Bild) und Philip Karger, nutzte den Samstag vor „Nigginäggi“, um in der Innenstadt die neuen LDP-Flyers mit einer süssen Überraschung in Form von „Schoggi-Kläusen“ zu verteilen. Wie man sieht, fand die Überraschung grossen Anklang und Zuspruch.  
Foto: Philip Karger

## Ein grosser Verlust: ABu geht!

Seit 14 Jahren vertritt er die LDP im Grossen Rat, ein Jahr lang präsierte er die basel-städtische Legislative in seiner bekannt souveränen Art – nun geht die Amtszeit von Andreas Burckhardt zu Ende – und damit eine bemerkenswerte Ära! Ende dieser Legislatur wäre er von der Amtszeitbeschränkung betroffen gewesen; um seinem Nachfolger eine genügende Einarbeitungszeit zu ermöglichen, tritt er per Anfang Februar zurück. Sein Abgang hinterlässt eine grosse Lücke und bedeutet einen herben Verlust an Sachkompetenz. Eine ausführliche Würdigung folgt in der nächsten Ausgabe.

Christine Wirz-von Planta  
Fraktionspräsidentin

## Dr Schaggi Barteschlag maint...

Mängmool verschtand y unseri Vloggs-Vertramper – pardon: Volgsverträtter – aifach nimm, vor allem die us em linggs-griene Lager. Die sinn doch allewyl für dr öffentliggi Verkehr. Wo immer au aine zäh neu Arbetsblätz schafft, muess är sofort e Verkehrsblaan vorleege – und wehe, es isch nit e Bus oder Drämmli vorgeseh. Also hätte die Lingge, Griene und Nätte doch häll begaischteret sy miesste, wo e Azugschteller in dr Novämber-Sitzig vom Groosse Root gforderet hett, d Regierig sell emool priefe, ob dr 36er nit z Glayhünige no e weeneli verlengeret wärde könnt, nämmlig in Richtig Dreyländeregg. Um s no z präzisiere: Dä Azugschteller hett nit jeede Bus dert aabe welle jaage, sondern villicht esoo zwai bis drey am Morge, wenn d Lüt kömme go schaffe, und e baar wyteri Kürs am Oobe, wenn si wider haime göhn. Immerhi hett s am Dreyländereck so rund hundert Arbetsblätz und numme weenigi Parkblätz. Und es isch au numme dr Wunsch gsy, die Überleegige emool z priefe und drnoo em Root z brichte. Trotdäm durchus vernünftige Wunsch und trotz dr Tatsach, as es um e Förderig vom öffentliggi Verkehr gange isch – die liebe Linke und Griene hänn yfrig Nai gschtimmt und e Überwyysig an d Regierig verhindert. Öppe, well sie nit yverstande gsy sinn mit em Aliige? Nai! Aber worum denn? Dr Azugschteller isch vo dr ES-Vau-Pee gsy. Doo ka me doch nit drfür sy! Oder sott emänd nit doch d Sach zelle???

## Wir wünschen Dir Kraft und Stärke, liebe Steffi!

Der Vater unserer Vizepräsidentin Stefanie Thomann-Baumann

## Dieter Baumann-Hilpert

2. September 1947 - 2. Dezember 2010

ist Anfang Dezember nach kurzer, schwerer Krankheit unerwartet früh verstorben.

Wir trauern mit unserer hoch geschätzten Vorstands-Kollegin und wünschen ihr die nötige Kraft und Stärke, diese schwere Zeit zu überstehen.

Präsident und Vorstand  
Liberal-Demokratische Partei Basel-Stadt

4010 Basel  
PP

## Wir begrüßen folgende neue Mitglieder:

Hans Rudolf Lüthi, 4125 Riehen  
Paul Holliger, 4052 Basel  
Andreas Knuchel, 4051 Basel  
Remigius Berger, 4052 Basel

## Einladung zu einer

## Öffentlichen Veranstaltung der LDP Basel-Stadt

## Basel ist sicher! Sicher?

Der Basler Polizeikommandant Gerhard Lips und weitere Exponenten der Kantonspolizei Basel-Stadt sprechen über die Sicherheit in unserem Kanton und stellen sich den Fragen des Publikums.

Moderation: André Auderset, Grossrat LDP

Dienstag, 25. Januar 2011, 19 Uhr

Fasnachtskeller der Guggenmusik „Mohrekopf“  
Klybeckstrasse 5, 2. UG, Basel

Liberal-demokratische Partei Basel-Stadt

## Impressum

Liberal - Forum für  
liberale Politik in der Region  
Basel

Dezember 2010  
ISSN 1660-2544

**Auflage**  
2'500 Exemplare  
erscheint bis zu sechs Mal  
jährlich

**Herausgeberinnen**  
LDP Basel-Stadt  
LDP Riehen/Bettingen  
Jungliberale Basel

**Redaktion**  
André Auderset

**Redaktionsadresse**  
Elisabethenanlage 25, 4010  
Basel T 061 272 12 36,  
F 061 272 17 43  
andre.auderset@ldp.ch

**Inserate**  
Elisabethenanlage 25,  
4010 Basel  
T 061 272 12 36,  
F 061 272 17 43

**Herstellung**  
Gremper AG, Basel